

Österreichs Sparpaket: Massiven Kürzungen drohen turbulente Zeiten!

Österreich plant 2025 drastische Sparmaßnahmen zur Vermeidung eines EU-Defizitverfahrens, einschließlich Kürzungen beim Klimabonus.



Nachrichten AG

Österreich -

Österreich steht vor einer finanziellen Bewährungsprobe: Um einem drohenden EU-Defizitverfahren zu entgehen, plant die Regierung drastische Sparmaßnahmen, wie **Kosmo.at** berichtet. Die als „Zuckerl-Koalition“ bezeichnete Regierung, bestehend aus ÖVP, SPÖ und Neos, streicht den Klimabonus und die Bildungskarenz, um insgesamt zwischen 15 und 24 Milliarden Euro in den kommenden Jahren einzusparen. Dies ist Teil eines umfassenden Sparpakets, das laut Regierungschef Christian Stocker und den Parteiführern als Notwendigkeit angesehen wird, um die Länderfinanzen in den Griff zu

bekommen.

Ein zentrales Element ist die Abschaffung des Klimabonus, was Einsparungen von rund zwei Milliarden Euro ermöglichen soll. Ab 2026 wird jedoch eine teilweise Kompensation für Pendler durch einen Absetzbetrag angeboten. Die schlimmsten Einschnitte betreffen auch die Unterstützung für Bildung und soziale Projekte. Das Budget wird zudem durch die erhöhte Bankenabgabe und die verlängerte Übergewinnsteuer für Energieunternehmen aufge bessert, wobei diese Maßnahmen zusammen Einnahmen von bis zu 700 Millionen Euro pro Jahr generieren sollen, so **Profil.at**.

Schnelle Maßnahmen für die Kassen

Die Regierung zielt nicht nur auf Einsparungen, sondern plant auch, die Steuereinnahmen durch Anpassungen zu erhöhen. Dies macht auf den ersten Blick notwendig erscheinende Steuererhöhungen, wie die Erhöhung der Tabaksteuer und die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für Photovoltaikanlagen, erforderlich. Bis 2026 sollen auch die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, etwa für Reisepässe und Führerscheine, um bis zu 44 Prozent steigen. Allema die Einführung neuer Abgaben für Stiftungen und eine Stabilitätsabgabe für Banken zeigen, dass die Regierung versucht, eine gerechtere Lastenverteilung zu schaffen, auch wenn die genauen Auswirkungen auf die Bürger noch abzuwarten sind.

Die Verhandlungen sind spannend und zeigen das Bemühen der Koalition, trotz der harten Einschnitte eine einheitliche und breite Lösung zu finden. Während sich die Koalitionsparteien einig sind, dass eine Reform nötig ist, bleibt abzuwarten, wie die Bürger auf die bevorstehenden finanziellen Veränderungen reagieren werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • www.profil.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at